# Der sächsische Erzähler,

## Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

**Amtsblatt**

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Fernsprecher Nr. 22. Fünfundsechzigster Jahrgang. Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: **Belletristische Beilage**; jeden Freitag: **Der sächsische Landwirt**; jeden Sonntag: **Illustriertes Sonntagsblatt.**

Monatlich zum Preise von 90 Pfg. für den Bischofswerda Tag. Bei Zustellung frei Haus 1 ℳ 20 ₰, bei Abholung in den Ausgabestellen 1 ℳ 50 ₰, bei allen Postanstalten 1 ℳ 50 ₰ exklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 ₰.

Bestellungen werden angenommen für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Korpuszeile 12 ₰, die Reklamezeile 30 ₰. Geringster Inseratenbetrag 40 ₰. Für Rückerstattung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.


In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Klempnermeisters **Paul Petzoldt in Schmölln** soll mit Genehmigung des Königl. Amtsgerichts in Bischofswerda die Schlußverteilung erfolgen. Zu berücksichtigen sind **40 Mk. 57 Pfg.** bevorrechtigte und **4514 Mk. 18 Pfg.** nichtbevorrechtigte Forderungen. Die verfügbare Masse beträgt **1196 Mk. 63 Pfg.**, wovon jedoch noch das im Schlußtermin festzusetzende Honorar für den Konkursverwalter zu begleichen ist.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Gerichtsschreiberei des hiesigen Königl. Amtsgerichts niedergelegt.

Bischofswerda, am 28. November 1910.

**Oscar Wagner**, Konkursverwalter.

Am **1. Dezember** dieses Jahres hat im Deutschen Reiche eine **Volkszählung** stattzufinden. Zur Ausführung derselben in hiesiger Stadt ist die Stadt in 40 Zählbezirke eingeteilt und für jeden Bezirk eine geeignete Persönlichkeit als Zähler ernannt worden, der neben der Austeilung und Wiedereinsammlung der Zählungsformulare die Sorge für richtige und entsprechende Ausführung der Zählung obliegt.

An jede Haushaltung, ebenso an jede einzeln lebende Person, die eine besondere Wohnung inne hat und eine eigene Hauswirtschaft führt, wird am 28. und 29. November d. J. eine Haushaltungsliste, an jeden Gastwirt, Herbergswirt und an jeden Besitzer, Vorsteher oder Verwalter einer Anstalt eine Anstaltsliste verabfolgt werden; diese Listen sind genau nach den auf den Zählformularen abgedruckten Anleitungen **am 1. Dezember d. J. vormittags auszufüllen**, worauf sie von den Zählern vom **Mittag des 1. Dezember an und am 2. Dezember d. J. wieder abgeholt werden.**

Bei der großen Wichtigkeit, welche die Zählung für unsere Stadt und für das gesamte Vaterland hat, dürfen wir erwarten, daß bei ihr mit der größten Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt zu Werke gegangen und Jeder an seinem Teile zu einer zweckentsprechenden Ausführung der Zählung und Erzielung eines richtigen Resultates beitragen wird.

**Stadtrat Bischofswerda**, 24. November 1910.

## Das Neueste vom Tage.

**In Berlin fand am Sonnabend in Anwesenheit des Kaisers die Enthüllung eines Reiterstandbildes Friedrichs des Großen statt.**

•

**Die Weichselschiffahrt wird heute eingestellt. Es herrscht eine durchschnittliche Kälte von 6 Grad.**

•

**Der Asiatiker Wintgiers flog gestern von Oberwiesenfeld aus mitten über die Stadt München und führte zwei Flüge um die Frauenkirche aus.**

•

**In Pforzheim haben zehntausend Arbeiter der Edelmetallindustrie die Arbeit eingestellt.**

•

**Der englische Minister des Innern Churchill wurde in einem Eisenbahnzug von einem Attentäter mit der Handexeitsche angefallen. Der Täter wurde verhaftet.**

•

**Bei einem Fabrikbrand in Newark (New Jersey) wurden 40 Personen getötet und viele schwer verletzt. Unter den Toten befinden sich auch mehrere Deutsche. (Siehe Sonderbericht.)**

•

## Die dritte Lesung der Wertzuwachssteuer.

Die dritte Lesung der Reichswertzuwachssteuer wurde vom Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Wermuth, mit einer längeren Rede eingeleitet. Anknüpfend an die vorjährigen Verhandlungen über die Finanzreform erinnerte er daran, daß der Gedanke der Besteuerung des Wertzuwachses an Grundstücken auf der einmütigen Anregung aller Parteien beruhe, die schließlich in dem gesetzlichen Auftrag ausgelaufen sei, ein Reichszuwachssteuergesetz einzubringen und zu verabschieden. Diesem Auftrag gemäß sei der Entwurf vorgelegt und zunächst in der ersten Lesung des Plenums wie in der Öffentlichkeit rückhaltlos willkommen geheißen worden, bis ein Widerstand einsetzte, der weite Kreise ergriffen und auch die Kommissionsberatungen im Sinne einer Abschwächung des Entwurfs beeinflußt habe. Demgegenüber empfahl der Staatssekretär, sich während der kommenden Verhandlungen gegenwärtig zu halten, wie sehr der Gedanke der Wertzuwachssteuer an sich berechtigt sei, wie bei aller Anerkennung des werterhöhenden Einflusses von Einzelstaaten und Gemeinden das Reich die Grundlage für die außerordentliche Entwicklung des Erwerbs- und Wirtschaftslebens und damit vor allem für den Wertzuwachs an Grund und Boden bilde und wie zugleich die gesetzliche Regelung im wohlverstandenen Interesse der Gemeinden und des Grundstücksmarktes gelegen sei, indem den Gemeinden — dem örtlichen Widerstand zum Trotz — eine Einnahmequelle neu eröffnet oder doch sichergestellt und für den Grundstücksmarkt in der Einheitlichkeit der Vorschriften die erwünschte Gleichmäßigkeit der Belastung geschaffen werde. Vor allem biete die Zuwachssteuer als Belastung des Besitzes einen von allen Parteien als wünschenswert und notwendig erkannten weiteren Ausgleich für die in der Finanzreform erfolgte Mehrbelastung des Verbrauchs und werde dauernd umsoweniger zurückgestellt werden können, als dem Reiche nur wenige Besitzsteuerarten zugänglich seien und gerade die Zuwachssteuer im Volksbewußtsein besonders tief Wurzel gefaßt habe. Es sei durchaus folgerichtig, daß ein Bruchteil des mühelosen Gewinnes, welcher aus der seit Gründung des Reichs eingetretenen rapiden Wertsteigerung emporgewachsen sei, für die Pflege der Wehrhaftigkeit Deutschlands und zugleich für die freundlichere Gestaltung des Lebensabends derer verwendet wird, die opferwillig Leib und Leben für das Vaterland eingesetzt haben. Hier sei die Gelegenheit gegeben, an der Entwicklung unserer Heereseinrichtungen und an der Verbesserung des Loses unserer Veteranen mitzuarbeiten.

Die Kommission beschloß, die Ausführungen des Reichsschatzsekretärs, die nachstenographiert sind, zu vervielfältigen und vor der nächsten Sitzung allen Kommissionsmitgliedern zugänglich zu machen.

## Politische Uebersicht.

### Deutsches Reich.

**Protest gegen die Reichswertzuwachssteuer.** Die Protestversammlung der Hausbesitzer Deutschlands gegen die Reichswertzuwachssteuer wurde in Berlin unter großer Beteiligung von Hausbesitzern aus allen Teilen des Reiches abgehalten. Der erste Vorsitzende des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands, Justizrat Dr. Baumert (Spandau) begrüßte die Anwesenden und erteilte dann das Wort dem Regierungsrat Kuno, der folgendes ausführte: Der einstimmige Beschluß des Reichstags, der zur Vorlegung des Gesetzentwurfs Anlaß gegeben habe, lege Zeugnis dafür ab, daß der Gedanke der Zuwachssteuer im Volksbewußtsein Wurzeln gefaßt habe, und bilde den Beweis und die Gewähr für die Berechtigung des Reiches, der Anteilnahme an dieser Steuerquelle. Gegenkundgebungen würden gegenüber jeder Steuer veranstaltet. Diese Versammlung möge nicht ein bloßer Protest sein, sondern zu positiver Mitarbeit führen. Die Steuer sei unentbehrlich zur Weiterbildung des Heeres und zur Veteranenfürsorge. Die Machtentfaltung des Reiches sei vorzugsweise dem Grund und Boden zu gute gekommen. Kein Stand wie der der Grundbesitzer sei so auf Gedeih und Verderb mit dem Vaterland verbunden. Für keinen Stand hänge alles so sehr davon ab, daß die auf der Macht Deutschlands ruhende Friedensbürgschaft dauernd erhalten bleibe. Möge das patriotische Empfinden und die Rücksicht auf die eigene Zukunft gebieterisch die Sonderinteressen zurückstellen, um an der Ausgestaltung des Gesetzes nach Kräften mitzuarbeiten.

**Die neue Militärvorlage.** Der „B. L.-A." ist in der Lage, über die neue Militärvorlage folgende Mitteilungen zu machen: Der Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke wird in der vom Bundesrat festgestellten Fassung, wie wir hören, die durchschnittliche Jahresstärke des deutschen Heeres vom April nächsten Jahres an derart steigern, daß sie im Jahre 1915 die Zahl von 515 321 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht. Auf dieser Höhe bleibt die Truppenzahl bis zum Ablauf des neuen Quinquenniums, also bis zum 1. April 1916, bestehen. Infolge der Steigerung